

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Eröffnungsansprache bei der internationalen Konferenz
„THE PUBLIC EYE ON DAVOS“ von Oskar Lafontaine,
am Donnerstag, dem 23. Januar 2003**

Eine andere Welt ist möglich.

In Porto Allegre versammelten sich im letzten Jahr die Globalisierungskritiker unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“. Viele Gruppen in aller Welt haben mittlerweile für eine gerechtere Globalisierung ein überzeugendes Programm entwickelt. Sie fordern:

***Die Entschuldung der armen Länder,
das Austrocknen der Steueroasen,
die Bekämpfung der Steuerflucht,
eine neue Weltfinanzarchitektur mit stabilen Wechselkursen und
Kapitalverkehrskontrollen,
die Demokratisierung der internationalen Organisationen,,
den Abbau der Agrarsubventionen,
die Änderung der Regeln der WTO,
die Steigerung der Entwicklungshilfe
und die Einführung der Tobinsteuer.***

In diesen Tagen, wenn die Menschheit zusieht, wie der Truppenaufmarsch am Golf mediengerecht inszeniert wird, können Zweifel an dem Motto der Globalisierungskritiker aufkommen. Und dennoch gibt es immer wieder Hoffnung. Wer hätte vor einigen Jahren geglaubt, dass viele Staaten das Kyoto-Abkommen unterzeichnen, auch wenn die westliche Führungsmacht, die Vereinigten Staaten sich verweigern? Und wer hätte geglaubt, dass ebenfalls, trotz des Einspruchs der USA ein internationaler Strafgerichtshof eingerichtet wird, um einzelne, denen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden, vor Gericht zu stellen? Auf Dauer wird Amerika eine Politik nicht durchhalten können, die im Widerspruch zu den Absichten der großen Mehrheit der Staaten dieser Welt steht. Die Zeit ist reif für einen amerikanischen Präsidenten, der es als seine Aufgabe ansieht, die Macht und den Einfluss der Vereinigten Staaten in den Dienst der Vereinten Nationen zu stellen, um eine neue Weltordnung zu schaffen. Im Laufe der Geschichte hat es immer wieder Staatenlenker gegeben, die die Zeichen ihrer Zeit begriffen haben. Das dies auch heute möglich ist, hat Michail Gorbatschow mit Glasnost und Perestroika bewiesen. Er brach die Verkrustungen des Kalten Krieges auf und öffnete für die kommunistische Staatenwelt das Tor zur Freiheit.

Die Weltwirtschaft braucht einen neuen Ordnungsrahmen. Die chaotischen Finanzmärkte bedrohen die ganze Welt und schaffen universelle Unsicherheit. Das Finanzkapital hat seine eigenen Gesetze aufgestellt und die Welt diesen Gesetzen unterworfen. Keine nationale Regierung, kein nationales Parlament ist in der Lage, etwas daran zu ändern. Nur wenn sich die Industrienationen zusammenfinden, um die



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

Voraussetzung für eine gerechtere Weltwirtschaft zu schaffen, kann die Macht der Multis und der internationalen Unternehmen gebrochen werden. Voraussetzung dazu ist auch, dass die Wahlkampffinanzierung in den demokratischen Staaten geändert wird. Das gilt vor allem für die westliche Führungsmacht, für Amerika. Solange nur derjenige in der Lage ist, sich um ein politisches Mandat zu bewerben, der Millionen Dollar zur Finanzierung seines Wahlkampfes auftreibt, ist Amerika eher eine Plutokratie und es gilt das Verdikt des amerikanischen Schriftstellers Gore Vidal: „Wir haben keine repräsentative Regierung. Das Volk ist nicht vertreten. Und wir haben keine politischen Parteien. Wir haben ein Einparteiensystem mit zwei rechten Flügeln, einer nennt sich Republikaner, der andere Demokrat. Aber beide werden von den großen Unternehmen finanziert. Die Republikaner stehen viel weiter rechts, sind reicher und vertreten die Kriegsinteressen wahrscheinlich etwas stärker als die Demokraten. Aber das ist der einzige feine Unterschied.“

Als nach dem 2. Weltkrieg eine neue Weltordnung errichtet werden sollte, sagte Winston Churchill: „Die Welt sollte von den saturierten Nationen regiert werden, die nicht mehr begehren, als sie bereits besitzen. Läge die Welt in den Händen hungriger Nationen, gäbe es fortwährend Gefahr.“ Ähnlich wie der britische Kriegspremier in der Mitte des vorigen Jahrhunderts äußerte sich vor ein paar Tagen bei der Verleihung der American Music Awards die Künstlerin Sheryl Crow. Sie sagte: „Kriege entstehen durch Gier und sie können schlimme Vergeltungsakte zur Folge haben.“

Wer gehört nun zu den hungrigen Nationen? Die soziale Ungleichheit auf der Welt hat empörende Ausmaße angenommen. Die Hälfte der Menschheit lebt in Armut und muss mit weniger als 2 Dollar pro Tag auskommen. 800 Millionen Menschen leiden an Unterernährung und Millionen von ihnen verhungern jedes Jahr. Nach Churchills Analyse müsste von diesen Menschen, denen das Nötigste zum Leben fehlt, dann eine fortwährende Gefahr für den Weltfrieden ausgehen, wenn die Welt in ihren Händen läge. Gott sei Dank, so könnte man meinen, ist das nicht der Fall. Zwar ist in unserer Zeit zur Irreführung der Weltöffentlichkeit schon vieles behauptet worden, aber auf die Idee, uns weiszumachen, dass die Entwicklungsländer den Lauf der Dinge in unserer Welt bestimmen, ist bis jetzt noch niemand gekommen.

Wo sind auf der anderen Seite die saturierten Nationen, die nach Churchill die Welt regieren sollen, weil sie nicht mehr begehren als sie besitzen? So sehr wir uns auch anstrengen, auch ein halbes Jahrhundert nach der Rede des britischen Politikers fällt uns kein Staat ein, dem wir nach diesen Maßstäben die Regierung der Welt anvertrauen könnten. Ein Blick auf die Länder mit dem höchsten Sozialprodukt, also dem größten Wohlstand, zeigt dass diese zu den Gierigsten gehören. Das liegt am System. Das Wort „genug“ kennt der Kapitalismus, den man heute mit Globalisierung übersetzt, nicht. Viel mehr ist er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion selbtherrlicher und dreister geworden als je zuvor. 15 Prozent Rendite im Jahr müssen es schon sein, sagen die Manager der internationalen Konzerne. Dabei stört es sie nicht, wenn bei Anwendung der einfachen Prozentrechnung diese Forderung als Unverschämtheit entlarvt wird. Wächst die Weltwirtschaft beispielsweise um 3 Prozent, so heißt die auf jeder Wirtschaftsseite heute nachzulesende Renditeerwartung: Wir, die Geldgeber geben uns nur mit dem fünffachen des durchschnittlichen Zuwachses



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
 Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

zufrieden. Dieses Treiben trägt entsprechende Früchte. Die 385 reichsten Menschen der Welt verfügen über ein Vermögen, das größer ist als das gemeinsame Einkommen von 2,3 Milliarden Menschen, das sind fast 40 Prozent der Weltbevölkerung.

Unbeeindruckt von dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit wird in den reichen Industrieländern eine Finanzpolitik auf Kosten der Mittel- und Unterschichten betrieben, die die großen Vermögen weiter entlastet. Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer mehr. Die oberen Zehntausend verfügen über ein höheres Einkommen, als alle Haushalte der einkommensschwächeren Schichten zusammen. Die Vorstandschefs der Großunternehmen verdienen in einzelnen Fällen tausend mal mehr als ihre Arbeiter. Diese Zahlen will man zunächst nicht glauben. Aber wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Kampf um wirtschaftliche Vorteile, um Rohstoffe und Absatzmärkte früher Kolonialisierung heute Globalisierung genannt, schon Jahrhunderte tobt, dann wundert man sich nicht mehr. Standen früher die Schiffe, Soldaten und Pferde eines Kolumbus, Pizarro oder Vasco da Gama zu Verfügung, so sind heute Raketen, Satelliten, Atombomben und Computer die technischen Mittel, die die Globalisierung prägen. Der Tanz ums goldene Kalb geht immer weiter, aber die Konquistadoren unserer Zeit haben die Geschwindigkeit und die Reichweite der Raubzüge gesteigert. Gemach, gemacht, heute geht es doch viel humaner zu, werden viele einwenden. Aber der renommierte amerikanische Kolumnist William Pfaff kommt zu folgendem Urteil: „Es besteht eine Ähnlichkeit zwischen Globalisierung und Kolonialismus. Man erzählt uns heute, die Globalisierung bedeute Fortschritt, Erziehung, Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung. Das ist nur die halbe Wahrheit. Gleichzeitig beschert sie der dritten Welt gesellschaftliche und politische Zerrüttung, die Vernichtung der kulturellen Grundwerte und den Ruin ihrer unterlegenen Industrie- und Landwirtschaft.“

Wenn wir heute hier in Davos zusammenkommen, dann tun wir das um über die Kehrseite der Medaille zu reden, die Globalisierung genannt wird. Wir wissen, dass auf dem offiziellen Wirtschaftsgipfel allzu gerne nur über ihre blankgeputzte, ihre glänzende Seite gesprochen wird. Aber die ungeschminkte Bilanz der Globalisierung zerreißt den Schleier schnfärbender Reden. Wie früher so geht es heute immer noch um Geld, Waffen, Rohstoffe und Absatzmärkte.

Die Vereinigten Staaten, das reichste und mächtigste Land der Welt, stellen heute 4,5 Prozent der Weltbevölkerung. Sie verbrauchen 25 Prozent der globalen Erdölförderung, stellen 40 Prozent der Militärausgaben der Welt in ihren Haushalt, sind für 50 Prozent aller Waffenexporte verantwortlich und verbrauchen über 60 Prozent des auf den Weltmärkten angebotenen Kapitals. Diese ernüchternde Bilanz wird, man höre und staune, von vielen Kommentatoren heute als Pax americana bezeichnet. Zweifellos gehören die USA zu den hungrigsten Nationen. Der Appetit kommt beim Essen, sagt ein deutsches Sprichwort. Und um schon an dieser Stelle dem dämlichen Vorwurf des Antiamerikanismus zu widersprechen, stelle ich klar: Eine solche Zusammenballung von Macht und Einfluss muss immer und überall kritisiert werden. Unabhängig davon, welcher Nation sie zugeschrieben wird.



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
 Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

Bleiben wir aus Gründen der Aktualität beim Öl. Die 4,5 Prozent der Weltbevölkerung, die ein Viertel der Welterdölförderung verbrauchen, müssen damit rechnen, dass der Rest der Menschheit diesen Mangel an Bescheidenheit auf Dauer nicht billigt. Wollten die Vereinigten Staaten, - die bei Anwendung der Churchillischen Analyse eine hungrige Nation sind, in deren Händen die Welt liegt und von denen daher eine fortwährende Gefahr ausgeht - wirklich zum Weltfrieden beitragen, dann müssten sie als erstes ihren Energieverbrauch drastisch reduzieren. **Der Bekämpfung des Terrorismus wäre gedient, wenn sie das Kyoto-Abkommen unterzeichneten und im eigenen Land eine ökologische Steuer- und Abgabenreform durchführten, um die Wende ihrer Energiepolitik einzuleiten.** Stattdessen haben sie sich in bester kolonialistischer Tradition vorgenommen, im Nahen Osten „die vorherrschende Fremdmacht zu bleiben, um den us-amerikanischen und westlichen Zugang zu den Ölreserven der Region zu bewahren.“ So steht es im Standard-Handbuch des Verteidigungsministeriums für Budgetpolitik. Es ist daher schon nicht mehr lustig, wenn Leitartikler in der westlichen Welt behaupten, bei der Ausweitung des schon Jahre gegen den Irak geführten Krieges ginge es nicht ums Öl. Es geht wie immer um Rohstoffe und Absatzmärkte und auch die Europäer wollen im Irak nicht zur kurz kommen. Die Russen wollen ebenfalls bei der Verteilung der Beute dabei sein.

Charles de Gaulle nannte Amerika einmal eine Tochter Europas. Das zweifelhafte historische Verdienst, die Kolonialisierung der Welt betrieben zu haben, müssen sich die Europäer anrechnen lassen. „Viele Probleme, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen, sind eine Konsequenz unserer Kolonialvergangenheit“ meinte vor einiger Zeit der britische Außenminister Jack Straw. Der seltsame Verlauf der Staatsgrenzen des Iraks sei von den Briten gezogen worden und auch im Fall von Afghanistan habe London „eineinhalb Jahrhunderte lange nicht gerade eine glorreiche Rolle gespielt“. Bleibt anzumerken: Der Kolonialismus ist noch nicht Vergangenheit und England spielt auch heute nicht gerade eine glorreiche Rolle und die Tochter Europas erinnert an die Erkenntnis der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.

Tränen der Rührung sollen uns kommen wenn es heißt, es ginge im Irak um unsere Werte, um Freiheit und Demokratie. Es hat schon etwas von einer Schmierkomödie an sich, wenn im Irak jetzt die Waffen gesucht werden, die die Industriestaaten vorher geliefert haben. Die Waffeninspektoren der UNO hätten bei den Vetomächten des UN-Sicherheitsrates eine lohnendere Tätigkeit. Sie würden dort viel mehr finden als im Irak. Vor allem in den Vereinigten Staaten wurden zur Terrorismusbekämpfung die Militärausgaben kräftig ausgeweitet und die Waffenexporte gesteigert. Die „Friedensmächte“ wollen nicht dazu lernen. Saddam wurde aufgerüstet, um den Iran zu bekämpfen. Osama bin Laden gab man Geld und Waffen um die Sowjets in Afghanistan zu bekämpfen. Und womit die Nordallianz, die man mit Streubomben in Kabul an die Macht gebracht hat, uns in den nächsten Jahren überraschen wird, weiß heute keiner.

Es wäre dem Weltfrieden gedient, wenn die Industrienationen, allen voran die USA, ihre Waffenexporte endlich einstellen würden. Bei der UNO sollte eine Behörde eingerichtet werden, die Waffenexporte jeglicher Art genehmigen muss.



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
 Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

Wie man es auch dreht und wendet, die beabsichtigte Ausdehnung des Krieges gegen den Irak ist ein Verbrechen. Das Embargo führte bereits zum Tod vieler unschuldiger Menschen, darunter 500.000 Kinder. Im letzten Golfkrieg, den die Araber Ölkrieg nennen, kamen nach konservativen Schätzungen 100.000 Iraker um, während bei den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten 150 Opfer beklagt wurden.

Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates haben die moralische Verpflichtung, der Bush-Administration in den Arm zu fallen, um ihr durch die Ausübung des Vetorechtes die internationale Rechtsgrundlage für den Irak-Krieg zu verweigern.

Im übrigen ist die militärische Sicherung der Rohstoffquellen und Absatzmärkte ein Programm zur Rekrutierung von Terroristen durch Terroristen. Zu oft unterlassen wir es, nach dem Inhalt der Wörter zu fragen, die wir täglich gebrauchen. Was ist eigentlich Terrorismus? ***Terrorismus ist das töten unschuldiger Menschen, um politische Ziele zu erreichen.*** Zu diesem Mittel greifen nicht nur einzelne Personen oder Gruppen, wie die Selbstmordattentäter, darunter die Attentäter des 11. September oder die al-Qaida. Es gibt auch Staatsterrorismus. Diktatoren, wie Saddam Hussein, töten Menschen um sich an der Macht zu halten und jegliche Opposition zu unterdrücken. Kriegsterrorismus ist das Töten vieler Zivilisten, um die Gegner zur Kapitulation zu zwingen. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sind Beispiele dafür. Wenn sich die Weltstaatengemeinschaft bei der Bekämpfung terroristischer Gruppen nicht an das Kriegsvölkerrecht hält und wenn sich an der Antiterrorcoalition diktatorische Regime beteiligen, dann kämpfen Kriegs- und Staatsterroristen gegen terroristische Gruppen. Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet uns bei militärischen Einsätzen, die Folgen für die Zivilbevölkerung, sowohl während als auch nach dem Krieg zu bedenken. Daran erinnerte Johannes Paul II. als er bei seiner traditionellen Audienz für die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomaten sein Nein zum Krieg wiederholte.

Mann muss nicht immer Soldaten schicken, um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. In der Regel genügt es, den Geldhahn auf- oder zuzudrehen. Nicht umsonst heißt es: Geld regiert die Welt.

Im Zentrum der Kritik der weltweiten Protestbewegung gegen die heutige Form der Globalisierung stehen der internationale Währungsfond und die Weltbank. Sie wurden ursprünglich begründet, um dem Marktversagen auf internationaler Ebene entgegenzuwirken. Der IWF sollte durch die Bereitstellung von Krediten den Ländern die vor einer Rezession standen und nicht über ausreichend eigene Mittel verfügten, helfen, die wirtschaftliche Gesamtnachfrage zu stabilisieren. Die Weltbank sollte den Aufbau der Infrastruktur finanzieren. Die Institutionen gerieten in den letzten Jahrzehnten aber mehr und mehr unter den Einfluss des internationalen Finanzkapitals, der Wall Street und der Londoner City. Bei der Verfolgung der Interessen des Finanzkapitals wurde der Internationale Währungsfond von der Feuerwehr zum Brandstifter. Er stellte den Krisenländern nicht mehr nur Kredite zur Verfügung, sondern er verband diese Kredite mit massiven Auflagen. Auch die Weltbank ging ähnlich vor. Die Auflagen der Washingtoner Institutionen entmachten Regierungen und Parlamente.



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
 Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

In der Regel wird nicht nur gefordert, die Zinsen zu erhöhen und die Staatsausgaben zu kürzen, sondern es werden Einzelanweisungen erteilt. Unter anderem wurde vorgeschrieben, die Subventionen für Nahrungsmittel und Benzin zu streichen, die Mindestlöhne und Renten zu senken oder das Zentralbankgesetz zu ändern. Statt zur Stabilität beizutragen, verursachte dieses Vorgehen der Washingtoner Institutionen Volksaufstände, bei denen Menschen ums Leben kamen. Ich erwähne Indonesien oder Argentinien.

Ähnliche Auflagen machte die WTO für den Welthandel. Die ärmeren Länder wurden zum Abbau von Zöllen und Importbeschränkungen gezwungen. Die Ideologen des Neoliberalismus sehen in der Marktöffnung das Allheilmittel für die Volkswirtschaften der weniger entwickelten Länder. Die einheimischen Produzenten haben aber, wenn die jeweiligen Regierungen den Auflagen folgen, der Marktmacht der internationalen Konzerne nichts mehr entgegenzusetzen. Es kommt zu dem Ruin ihrer unterlegenen Industrie und Landwirtschaft, wie William Pfaff richtigerweise analysiert.

Bei der Marktöffnung wurde auch die Freiheit des Kapitalverkehrs gefordert. Fremdes Kapital aber brauchten beispielsweise die Volkswirtschaften Ostasiens am aller wenigsten. Die Tigerstaaten und Japan hatten weltweit die höchsten Sparquoten. Unter dem Schutz von Zöllen und Kapitalverkehrskontrollen bauten sie ihre Exportwirtschaft auf und investierten in Bildung und Infrastruktur. Über viele Jahre hatten sie ein enormes Wirtschaftswachstum, das der gesamten Bevölkerung zu Gute kam. Der von den internationalen Finanzinstitutionen durchgesetzte freie Kapitalverkehr zerstörte das asiatische Wirtschaftsmodell und lieferte die bisher schnell wachsenden Volkswirtschaften der Willkür der internationalen Spekulation aus. Es kam zu den bekannten Blasen der Immobilienpreise und dem Verfall der Währungen.

Zu den Auflagen des Währungsfonds gehört auch die Aufhebung der Beschränkung ausländischer Unternehmensbeteiligungen. Mit der zuvor geregelten Limitierung vermochten die sich entwickelnden Staaten den Aufkauf ihrer Unternehmen durch ausländische Konkurrenz noch zu verhindern. Als im Zuge der Ostasienkrise viele Firmen wegen der hohen Zinsen ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten, kam es zu einer regelrechten „Schnäppchenjagd“. Finanzstarke Gruppe der westlichen Industriestaaten, kauften die konkursreifen Betriebe auf.

Die Privatisierung ist im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung ein Herzensanliegen des IWF und der Weltbank. Vor allem Energie- und Telefonunternehmen, sowie Banken, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden, werden privatisiert. In letzter Zeit ist sogar die Wasserversorgung in den Blick der Investoren geraten. Das alles läuft im Ergebnis auf eine Enteignung der betroffenen Länder hinaus. Die Preise für die Grundversorgung der Bevölkerung werden nicht mehr vor Ort festgelegt, sondern in ausländischen Konzernzentralen. Bei der rücksichtslosen Privatisierung vergaß man, den Wettbewerb zu beachten. Aus staatlichen Monopolen wurde private. Die Folgen hatte die Bevölkerung zu tragen, die mit kräftigen Preiserhöhungen konfrontiert wurden.

Obwohl die Washingtoner Finanzinstitutionen in großem Umfang die Lebensbedingungen der Menschen bestimmen, unterliegen sie keiner ausreichenden



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
 Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

demokratischen Kontrolle. Die Forderung der Globalisierungskritiker nach einer Demokratisierung der Bretton-Woods-Institutionen ist begründet, da diese über die Höhe der Löhne und Renten ebenso entscheiden, wie über Nahrungsmittel- und Energiepreise. **Die Entwicklungsländer müssen in Washington zukünftig stärker mitbestimmen.** Es heißt immer wieder, die den Währungsfond dominierenden Industriestaaten müssten die Interessen ihrer Steuerzahler vertreten. Aber weil die Kredite zurückbezahlt werden, geht es vor allem um das Geld der Steuerzahler in den Entwicklungsländern. Der bisherigen Praxis der Kreditvergabe mangelt es an Transparenz. Die Finanzindustrie scheut das Licht der Öffentlichkeit und wickelt ihre Geschäfte lieber hinter verschlossenen Türen ab. Demokratie braucht aber Öffentlichkeit, weil Machtmissbrauch dort beginnt, wo die Öffentlichkeit aufhört.

Die 183 Mitglieder des internationalen Währungsfonds haben ein Stimmrecht, das sich nach der Höhe der ständigen Bareinlagen des jeweiligen Landes bemisst. Deutschland verfügt über einen Stimmenanteil von 5,55 Prozent. Der Frankreichs und Großbritanniens beträgt jeweils 5 Prozent. Die wichtigen Beschlüsse des Fonds müssen mit einer Mehrheit von 85 Prozent gefasst werden. Weil die Vereinigten Staaten einen Anteil von über 17 Prozent haben, fordert das Europäische Parlament die Abschaffung der Mehrheit von 85 Prozent für alle wichtigen Entscheidungen und eine Neuverteilung der Befugnisse und Stimmen, die die Rollen der Schwellenländer besser widerspiegelt. Weil die Europäer auch im Fond nicht mit einer Stimme sprechen, ist er ein verlängerter Arm der amerikanischen Politik. So meinte der ehemalige Finanzminister Larry Summers ungeniert, der IWF diene den wirtschaftlichen und strategischen Interessen Amerikas. Je nach der Interessenlage der verbliebenen Hegemonialmacht wird der Geldhahn auf- oder zuge dreht.

Die Argentinien-Krise hat gezeigt, dass wir ein **Konkursrecht für hochverschuldete Staaten** brauchen. Schon der schottische Wirtschaftswissenschaftler und Ökonom Adam Smith hatte 1776 die Einführung eines Insolvenzverfahrens für verschuldete Länder als die sauberste Lösung bezeichnet. Mit dem Konkursrecht könnten die in eine wirtschaftliche Krise geratenen Länder Luft zum Atmen bekommen, sie bekämen ausreichend Zeit, ihre Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. Ein solches Konkursrecht würde die bisherigen Bemühungen zur Entschuldung der armen Länder sinnvoll ergänzen.

Wichtiger aber, als die Einführung des Konkursrechtes für Staaten wäre es, dass der internationale Währungsfond wieder auf die **Stabilität des Wechselkurssystem** hinarbeitet. Das ist die Schlussfolgerung, die wir aus der Finanzkrise der letzten Jahre ziehen müssen. Dabei muss es zu Maßnahmen der Regulierung kommen. Die Freigabe des kurzfristigen Kapitalverkehrs für schwachentwickelte Volkswirtschaften war ein gigantischer Fehlschlag. Das haben viele mittlerweile eingesehen. Wenn Schwellen- oder Entwicklungsländer von Spekulanten angegriffen werden, dann bleiben ihnen nur wenige Alternativen. Sie müssen entweder die Zinsen stark erhöhen oder ihre Devisenreserven zur Verteidigung des Wechselkurses opfern. Sind die Reserven einmal erschöpft, dann bleibt den Ländern nichts anderen übrig, als sich in harter Währung zu verschulden. Es geht auch anders. In der Ostasienkrise hat die malaysische Regierung den Beweis erbracht. Kurzfristig verfügte sie, die ausländischen



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
 Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

Gelder einzufrieren. Die Anleger konnten plötzlich ihr Kapital nicht in Sicherheit bringen. Als sich die Lage wieder beruhigte, lockerte Malaysia nach und nach die Kapitalverkehrskontrolle. Im Ergebnis bewältigte die malaysische Wirtschaft die Ostasienkrise viel besser als die thailändische. Auch China und Indien waren von der ostasiatischen Finanzkrise kaum in Mitleidenschaft gezogen, weil sie den Wechselkurs und den Kapitalverkehr nicht freigegeben hatten und das ostasiatische Wirtschaftsmodell verteidigten. Aus alledem kann der Schluss gezogen werden, dass freier Kapitalverkehr für entwickelte Volkswirtschaften Vorteile bringt. Bei weniger entwickelten Ländern aber bewirkt er das Gegenteil. Da die Anleger sich wie Lemminge verhalten, führt der deregulierte Kapitalverkehr zu sozialen Katastrophen.

Auch der vielbeschworene Freihandel hat sich zu Lasten der Dritten Welt entwickelt. Während die Industriestaaten ihre Produkte ohne große Handelshemmnisse in den ärmeren Ländern absetzen, können diese ihre Agrarerzeugnisse in den reichen Ländern nicht verkaufen. Sie werden durch Einfuhrbeschränkungen, Zölle und schwankende Wechselkurse daran gehindert. Bei der Diskussion um die Chancen der Entwicklungsländer auf den Weltmärkten darf nicht übersehen werden, dass sie weitaus mehr als die Industriestaaten unter dem Auf und Ab der Wechselkurse leiden. **Eine Stabilisierung der Wechselkurse würde vor allem den Schwellenländern eine große Hilfe sein.**

Die Zölle auf Industriegüter sind in den vergangenen Jahrzehnten von 40 Prozent auf 4 Prozent gefallen. Die Zölle auf Agrargüter liegen im Schnitt immer noch bei 40 Prozent. Amerikaner und Europäer unterstützen ihre Landwirte mit insgesamt 300 Millionen Dollar pro Jahr. Der französische Schafzüchter und Globalisierungsgegner José Bové legt den Finger in die Wunde: „In den Subsaharaländern hat sich der Viehbestand durch den Import von europäischen Tiefkühlfleisch halbiert. Sind die einheimischen Erzeuger einmal vom Markt verdrängt, dann können die Europäer die Preise wieder raufsetzen. Generell stellt sich die Frage, ob man den Agrarmarkt so deregulieren kann, wie die übrigen Gütermärkte. Jedes Land strebt bei Nahrungsmitteln eine Selbstversorgung an. Dieses Ziel hat auch die Europäische Gemeinschaft von Anfang an verfolgt. Natürlich war das Ziel der Selbstversorgung den Europäern wichtiger, als die Idee des Freihandels. Warum billigte man den schwachen Ländern nicht das gleiche Recht zu?“ Wenn man bedenkt, dass der amerikanische Präsident die Agrarsubventionen kürzlich wieder kräftig erhöht hat, dann versteht man, warum das hohe Lied auf den Freihandel, Afrikanern, Lateinamerikanern und Asiaten wie ein Hohn vorkommt. José Bové hat das Anliegen der Globalisierungskritikern auf den Punkt gebracht. Den armen Ländern müssen dieselben Rechte zugestanden werden, die die Reichen für sich in Anspruch genommen haben, als sie ihre Industrie und Wirtschaft aufgebaut haben. Schwachentwickelte Wirtschaften, das ist die Lehre der Geschichte, brauchen Schutzzäune, d.h. Zölle und Subventionen.

Ein weiterer Streitpunkt zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern sind die **Arzneimittelpatente**. Angeführt von Indien und Brasilien fordern die ärmeren Staaten, dass die WTO-Abkommen über die Patentrechte sie nicht daran hindern dürfen, eigene Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen. Dabei geht es vor allem um Aids, Malaria und TBC. Gegen eine Aufhebung dieser



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement

speziellen Patentrechte wehren sich Länder mit einer großen Pharmaindustrie, wie Amerika und die heute gastgebende Schweiz. Auch hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Nach den Milzbrandanschlägen drohten die Vereinigten Staaten dem Bayer-Konzern mit der Aufhebung des Patentschutzes für das Antibiotikum „Ciprobay“ und zwangen dadurch den Leverkusener Chemieriesen zu massiven Preissenkungen bei den Antimilzbrandpräparaten. Genau dieses Vorgehen will man den ärmeren Ländern bei der Bekämpfung vieler Krankheiten nicht gestatten.

Noch merkwürdiger mutet es an, dass Megakonzerne dazu übergehen, sich Nahrungspflanzen wie Reis oder Weizen patentieren zu lassen. Das globale Patentabkommen, in Fachkreisen Trips genannt, schützt die Patente der multinationalen Konzerne. Die Inderin Vandana Shiva wehrt sich gegen die Patentierung von Basmati-Reis durch die amerikanische Firma RiceTec. Sie weist darauf hin, dass diese Reissorte von Alters her in Indien angebaut wurde und die nennt die Vorgehensweise des Konzerns zu Recht Biopiraterie. **Patente auf Pflanzen, Tiere und Lebewesen darf es nicht geben.**

Verbittert schreibt die Times of India: „Das Verhalten der Westmächte hat uns die Kehrseite der westlichen Zivilisation gezeigt. Ihre ungezügelter Gier nach Herrschaft, ihre morbide Anbetung hochtechnologischer Rüstung, ihren Mangel an Verständnis für fremde Kulturen, ihren abstoßenden Chauvinismus“. Bei dem rasanten Tempo wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen können viele Menschen nicht mehr folgen. Sie setzen sich zur Wehr. Kommt noch das Gefühl hinzu benachteiligt zu sein, oder gar ausgebeutet zu werden, dann wird der Nährboden des Terrorismus bereitet. Churchill hatte schon Recht, die Welt sollte von Nationen regiert werden, die das Wort „genug“ kennen, weil, wie Sheryl Crow sagt, Kriege durch Gier entstehen und sie schlimme Vergeltungsakte zur Folge haben können.

Die Welt muss erkennen, dass der Terrorismus nicht mit Kriegen bekämpft werden kann. Eine wirkliche Antiterrorcoalition steht noch aus. Es wäre eine Koalition von Staaten, die sich ernsthaft daran macht, eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen. Der amerikanische Präsident George W. Bush wird nicht in die Geschichtsbücher eingehen, als einer, der den Terrorismus eingedämmt oder gar besiegt hätte. Wie Ariel Sharon wird er die Erfahrung machen, dass das Einsetzen überlegener militärischer Macht den Terrorismus nicht besiegt, sondern fördert. Eine wirksame Waffe gegen den Terrorismus ist nicht eine hochgerüstete Armee, die über Präzisionswaffen verfügt, sondern eine Weltwirtschaftsordnung, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt.



ein Projekt von: a joint project: **Berne Declaration (coordination)**
 Pro Natura (FoE Switzerland), Friends of the Earth International (FoEI), Asociación Latinoamericana de Organizaciones de Promoción, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, International South Group Network, Tebtebba Foundation, Women in Development Europe, World Development Movement